

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 107A

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkontonummer Berlin 5384.

Inhalt: Unser Verbandstag (I). — 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung. — Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen. — Agitation. — Aufruf! — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Unser Verbandstag.

I.

Zu einem Willkommen, das Kollege Dressel in der „Volkszeitung“ in Plauen an die Delegierten richtete, wies er auf die rauheren klimatischen Verhältnisse des Vogtlandes hin. Es hieß darin: Plauen gehörte zu den Städten, die frühzeitig eine hochentwickelte Textilindustrie beherbergten. Die klimatischen Verhältnisse des Vogtlandes waren hier Ursache einer frühzeitigen Entwicklung der Industrie und vor allem der Textilindustrie. Die Bodenbeschaffenheit ermöglichte der Bevölkerung kein Auskommen, sie mußte zum Nebenberuf greifen. Raues Klima und harter Boden kennzeichneten also das Vogtland.

Das ist von ihm auch heute noch zu sagen. Es war dort ziemlich kühl während unserer Tagung, und auf dem steinigem Boden hat manche Stiefelsohle eine bedenkliche Abnutzung erfahren.

Doch auch das politische Klima, das dort herrscht, war rauher, als es an manchem anderen Ort ist, der für unsere Tagung in Betracht gekommen wäre, und der politische Boden, auf dem sich dort die Politik bewegt, ist steinig und hart. Das Klima war außerhalb des Verhandlungsraumes angeheitert, manchen Regenschauer zu erzeugen, innerhalb des Saales aber hagelte es sogar Schlägen, und so groß und dicht, daß eine fünfjährige politische Kultur restlos vernichtet am Boden liegt. Mag die mildere Sonne der Vergeltung und Veröhnung, die am letzten Verhandlungstage in und außerhalb des Verhandlungsraumes lächelte, auch weiter das Hagelfeld bescheimen, die niedergeschlagenen Gahne der fünfjährigen Kultur der Kriegspolitik der Gewerkschaften werden nicht mehr auferstehen. In Nürnberg, auf dem Gewerkschaftskongress, wurden sie schon durch ein Hagelwetter eingeknickt, in Plauen sind sie völlig gebrochen worden, und nun sind sie unfähig, sich wieder zu erheben, auch wenn die wärmende, trocknende, stärkende Sonne der Vergeltung sie noch so lange bescheint. Der Gewerkschaftskongress hat die Kriegspolitik der Generalkommission noch gedeckt, unser Verbandstag hat sie so scharf verurteilt, daß jene Deckung hinter dieser Beurteilung gänzlich verbläßt.

Unser Verbandstag ist nach dem Gewerkschaftskongress der erste, der die Politik der Generalkommission verurteilt. Die Delegierten legten darauf besonderen Wert, hoffend, daß noch bevorstehende Tagungen anderer Verbände dasselbe tun werden. Geschieht das — und man braucht daran nicht zu zweifeln —, so wird das milde Urteil von Nürnberg bald durch ein wiederholtes strengeres korrigiert sein.

Die Politik der Generalkommission war, die Massen zum Durchhalten zu bewegen, bis der Frieden erkämpft sein würde, der nun einmal durch Verständigung nicht erreichbar war. Unser Verbandstag wollte nichts vom Durchhalten wissen; nach ihm hätte wenigstens die Parole des Durchhaltens dann aufgegeben werden müssen, als man sah, es sei unmöglich, den Gegner zu überwinden und zum Friedensschluß zu zwingen. Noch besser aber hätte die Generalkommission nach Ansicht unseres Verbandstages gehandelt, wenn sie auf die Politik des Durchhaltens überhaupt niemals eingegangen, sondern von vornherein erklärt hätte, sie mache nicht mit. Sie hat aber statt dessen, wie behauptet wurde, nicht nur die Politik des Durchhaltens mitgemacht, sondern von vornherein propagiert, auch noch die Sozialdemokratische Partei bewogen, sie mitzumachen.

Diese Politik trieb die Generalkommission, um die Gewerkschaften zu retten, um sie vor der sonst unausbleiblichen Vernichtung zu bewahren. Diese Vernichtung wäre schon von der deutschen Militärmacht eingeleitet, von der feindlichen dann sicher vollendet worden. Das geben die Gegner der Generalkommission gewiß zu, sie meinen aber wohl, wenn wir durch unsere baldige Niederlage bald zum Frieden gekommen wären, wären wir auch bald wieder zu dem Wiederaufbau unserer Gewerkschaften gekommen und der Kriegsschaden wäre insgesamt geringer gewesen. Wir haben zwar die Gewerkschaften erhalten, den Krieg aber verloren und Millionen Menschen eingebüßt und ungeheure Kriegslasten zu tragen.

Die Politik der Generalkommission, die ja bekanntlich zur Politik fast sämtlicher Gewerkschaften wurde, wurde aber nicht nur als eine verfehlte, sondern auch als eine unehrliche bekämpft, weil die Gewerkschaftsführer zwar den Mitgliedern das Durchhalten in jeder Hinsicht predigten, sie selber aber sich vom Kriegsdienst nach Möglichkeit drückten, die von ihnen so notwendig erklärte Landesverteidigung also anderen überließen. Daß die Gewerkschaften, wenn alle ihre Beamten am Kriege teilgenommen hätten, trotz der Durchhaltepolitik eingegangen wären, mindestens aber erhebliche, kaum jemals

wieder gutzumachende Verluste erlitten hätten, wird augenscheinlich wenig in Betracht gezogen oder fällt deshalb nicht ins Gewicht, weil man weiß oder zu wissen glaubt, daß Reklamationen auch durchgeführt wurden, wo die Existenz der Gewerkschaft durch Einziehung nicht gefährdet war.

Uebrigens legt man jetzt mehr Wert darauf, daß es gelungen wäre, den Krieg zu vermeiden, oder wenn das nicht möglich war, in seinen Anfängen zu ersticken, als darauf, daß es gelungen ist, die Gewerkschaften zu erhalten. Die Generalkommission und die Sozialdemokratische Partei hätten zur Verweigerung des Kriegsdienstes beitragen sollen. Wäre es auf unserer Seite verweigert worden, dann wohl auch bald auf der Gegenseite.

Wie schön wäre es gewesen, wenn es so hätte sein können. Doch was vorher die Verständigung darüber nicht zuließ, das hätte sie wohl auch nach Kriegsbeginn verhindert: der Nationalismus, der noch in keinem Volke ganz erloschen war, hätte vielmehr dazu geführt, daß man nicht wie wir das Gewehr bei Fuß gestanden, sondern lustig weiter in unserem Lande vorwärts wäre, um auf diese Weise nicht nur leicht über uns zu siegen, sondern auch möglichst schnell zum Frieden zu kommen. Die Kriegskosten und sonstigen Kontributionen hätte man natürlich uns auferlegt. Sie wären nicht so hoch geworden, wie sie nun sind, doch immer noch hoch genug, um von uns als furchtbares Unrecht empfunden zu werden. Dieses Unrecht sollte von uns abgemindert werden durch die Politik der Landesverteidigung. Sie ist fehlgeschlagen, weil die Gegner mächtiger waren als wir. Und nun haben wir zwar die Gewerkschaften erhalten, doch den Krieg verloren und eine schier unerträgliche Kriegskostenlast auf den Schultern. Ja, es ist nicht gegangen, wie es gehen sollte, und wenn die Generalkommission gewußt hätte, daß es so kommen würde, hätte sie wahrscheinlich eine andere Politik von vornherein eingeschlagen. Und wenn es gelungen wäre, den Sieg an unsere Fahnen zu heften, so wäre es nicht nur für uns Deutsche, sondern für alle am Kriege beteiligt gewesenen Länder besser, denn wir wären dann von der Bedrückung, der wir nun unterworfen sind, verschont geblieben, und wir hätten sicher nicht gebuddelt, daß unsere Regierung den niedergeworfenen Feind so auslaugte, wie wir jetzt von ihm ausgelogen werden, wo er uns niedergeworfen hat. Wir würden gegen einen Gewaltfrieden wohl viel entschiedener protestieren als es jetzt in den Siegesländern mit Rücksicht auf uns geschieht.

Das alles wurde stets von uns in Betracht gezogen, und deshalb haben wir die Politik der Generalkommission mitgemacht. Wir sind nun, wie sie, von unserem Verbandstage verurteilt worden. Es wäre anders, wenn der Krieg anders geendet hätte.

Uebrigens haben wir die Kriegspolitik der Generalkommission aber schon im Jahre 1916 verlassen. Als wir sahen, daß die Regierungen sich nicht einigen konnten, zum Frieden zu kommen, haben wir an die Völker appelliert. Unser Appell ist ebenso verhallt, wie es vergeblich gewesen wäre, wenn wir zur Niederlegung der Waffen aufgefordert hätten. Die Franzosen wollten wohl den Frieden, doch nur als Sieger. Wir wollten eine Verständigung, auf Grund deren keine der beiden Kriegsparteien als Sieger anzusehen wäre. Als weder der Gegner von uns überwunden noch zur Verständigung mit uns bestimmt werden konnte, unseren Kriegern aber der Krieg zu lange dauerte, stellten sie mehr und mehr den Kriegsdienst ein. Und es zeigte sich, wie die internationale Arbeiterolidarität, auf die sich die Generalkommission bei Kriegsbeginn nach Ansicht ihrer taktischen Gegner hätte verlassen sollen, beschaffen ist: unsere Truppen gingen zurück, zum Teil aus freiem Entschluß, zum Teil auf Befehl. Die französischen Arbeiterheere berieten sich nun ihren Vorgehens gegenüber aber nicht etwa darauf und verlangten nicht, zurückzubleiben zu können, sondern ließen sich immer weiter vordringen und halfen so, den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden zu ermöglichen. Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß es ebenso zu Kriegsbeginn gekommen wäre, wenn die politische Taktik befolgt wäre, die der Generalkommission auf unserem Verbandstage nachträglich empfohlen ward.

Wir haben die Politik der Generalkommission bis zu einem gewissen Grade mitgemacht und können nicht einsehen, daß wir falsch gehandelt hätten. Das spielt aber, da der Krieg zu Ende ist, nun keine Rolle mehr, da ja nun überhaupt keine Kriegspolitik mehr getrieben werden kann. Wir hatten ja, wie gesagt, jene von unserem Verbandstage verpönte Kriegspolitik längst aufgegeben. Und wäre das nicht der Fall gewesen, hätten wir sie infolge Kriegsbeendigung aufgeben müssen. In Zukunft, haben wir schon vor Wochen erklärt, würde eine solche Kriegspolitik für niemand, auch für uns nicht, mehr möglich sein. Sie war auch auf dem Gewerkschaftskongress schon in einem Maße verurteilt worden, das hinreicht, sie für alle Zeiten zu verpönen. Sollte sich wieder einmal, was wir nicht hoffen, doch nicht in Abrede stellen wollen, ein Krieg entspinnen, so werden alle Arbeiterinstanzen in Deutschland ihm die Unterstützung versagen, möge daraus

entstehen, was wolle. Leidet auch diese Politik dann Schiffbruch, wird man vielleicht wieder eine andere Politik einschlagen. Doch ob wir das erleben werden, bezweifeln wir. Bis auf weiteres wird wieder gelten, was alle internationalen Kongresse als Richtschnur für das Verhalten der Klassenbewußten Arbeiterschaft gegeben haben: Verweigerung der Mittel für die Kriegführung und als unausgesprochene Konsequenz davon die Verweigerung des Kriegsdienstes. Wir sind nicht überzeugt, daß dadurch ein Krieg vermieden werden kann, doch wir hoffen und wünschen fehnlichst, daß es geschehe.

Möchte unsere Hoffnung sich erfüllen, unser sehnlicher Wunsch Wirklichkeit werden, möchte ewiger Frieden herrschen zwischen den Proletariern der verschiedenen Länder, die wie auf dem Verbandstage ganz richtig gesagt wurde, sozial ein einziges Volk sind, das, wenn auch durch Landesgrenzen von einander getrennt, gemeinsam den sozialen Krieg gegen seinen gemeinsamen sozialen Feind zu führen hat, welcher heißt: Internationaler Kapitalismus.

Der internationale Kampf des internationalen Arbeitervolkes gegen den internationalen Kapitalismus für den internationalen Sozialismus darf keinen Augenblick mehr ruhen, und alle Mittel, ihn zu führen, sind recht, wenn sie nur die Erreichung des Zieles verheissen.

Das soll sagen, der Sozialismus braucht nicht unbedingt durch friedliche Mittel erkämpft zu werden, auch Gewaltmittel sind als zulässig zu erachten, wenn nur ihre Anwendung im voraus erkennen läßt, daß sie wirklich zum Ziele führen kann und nicht etwa vom Ziele entfernt. Nicht ob Gewalt anzuwenden ist, wird zu prüfen sein, sondern ob die Anwendung von Gewalt dem Zwecke entspricht, den wir verfolgen.

Kann diese Frage bejaht werden und kann das voranschreitende Ziel durch Gewalt schneller erreicht werden als durch Anwendung friedlicher Mittel, soll nicht auf die Gewalt verzichtet werden.

Der Verbandstag hat bestimmt, wir sollen in Zukunft den revolutionären Charakter des proletarischen Klassenkampfes mehr betonen. Das befragt zwar noch nicht, daß die soziale Revolution sich im Feingabel- oder Maschinengewehrfinne vollziehen muß, wohl aber, daß sie sich in diesem Sinne vollziehen kann, wenn dieses Verfahren Erfolg verspricht.

In diesem Sinne, glauben wir, wollte der Verbandstag sich aussprechen und uns für unser ferneres Verhalten Richtlinien geben. Wir werden danach handeln und nichts unberücksichtigt lassen, zu unserem Teile zur schnellsten Herbeiführung des Sozialismus auf der ganzen Linie beizutragen und so ein fünfzigjähriges Sehnen zahlloser Arbeitermännern zu stillen.

13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittags Sitzung.

Die Debatte über die Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaft wird fortgesetzt.

Schmidt (Gera): Wir müssen der Arbeitsgemeinschaft mit Mißtrauen begegnen. Es muß darauf geachtet werden, daß wir den Unternehmern die Macht nicht wieder in die Hände spielen (Zuruf: Zu was immer solche Angst!) Das ist keine Angst, sondern Vorsicht. Die Schulung der Massen muß nicht von oben herab vorgenommen werden, sondern von unten herauf erfolgen.

Scholz (Landeshut) begründet den Antrag seiner Filiale, der lautet:

Dem § 1 des Verbandsstatuts ist noch einzufügen: a) Mitbestimmungsrecht über die Verwendung von Materialien; b) Beschaffung von Rohmaterialien; c) Preis- und Gewinnkontrolle der hergestellten Produkte. Es muß in der Verarbeitung der Materialien eine Demokratisierung Platz greifen. Der Redner verlangt weiter, daß wegen der Frage der Sozialisierung und der Betriebsräte die Generalkommission eine Kommission einsetzen muß, damit endlich die Durchführung in Fluß kommt.

Röthlich (Augsburg): Die Betriebsräte haben eine schwere Gegenwartsarbeit zu verrichten. Ich befürchte, daß sie in Gegensatz zu den Gewerkschaften kommen. Den Gewerbeinspektionen muß durch die Betriebsräte frisches Blut zugeführt werden, damit der alte bürokratische Apparat verschwindet.

Döbler (Hannover): Breite Kreise der Arbeiter erblicken in den Betriebsräten etwas ganz anderes, als was sie wirklich sind. Es gibt große Massen von Arbeitern, die in einer Revolution nur eine große Lohnbewegung erblicken. Durch die Arbeitsgemeinschaft haben wir in der Kürze viel erreicht, wie manche Kollegen nicht in 15 Jahren durch Verhandeln erreichen konnten. (Lachen und Widerspruch.) Bei uns stoßen die Unternehmer in der Organisierung auf Schwierigkeiten, so daß sie nicht einmal eine Bezirksorgani-

fation zustande bringen. Wir brauchen die Betriebsräte im Zusammenwirken mit der Organisation.

Bater (München-Glabbech) schildert die Verhältnisse im linksrheinischen Gebiet. Unsere Unternehmer richten sich nicht nach den Abmachungen in Berlin. Deshalb müssen wir auf örtlicher Grundlage Vereinbarungen treffen.

Cohen (Generalkommission) beginnt mit einer Stellungnahme und sagt dann: Nur solange sind die Arbeitsgemeinschaften ein Mittel für uns, solange wir nicht die Sozialisierung durchgeführt haben.

Sittig (Neumünster): Die Arbeitsgemeinschaften liegen mehr im Interesse der Arbeitgeber. Wenn die Unternehmer manches zugestanden haben, so taten sie das schließlich aus Angst.

Hübisch verzichtet auf das Schlusswort. Jädel (Schlupfwort): Wir sollen nicht immer über die kleinen Fehler reden, die bei solchen Umwälzungen gemacht werden.

Wir stellen uns auch nicht abseits in der Ein- und Ausfuhr, sondern wir werden die dazu geschaffenen Kommissionen mit besetzen. Jädel spricht noch über die Parteilichkeit und weist die Schädlichkeit und die Bedeutungslosigkeit der Christen und Sittiche nach.

Die Generalversammlung stimmt nunmehr der Resolution Jädel und auch dem Antrag Winkler zu. Ferner wird folgendem Zusatzantrag zugestimmt:

Zur Schaffung einer organischen Zusammenfassung der Betriebsräte aller Industrien wird der Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes beauftragt, mit den einschlägigen und zuständigen Stellen ins Benehmen zu treten.

Ebenso findet der von Scholz begründete Antrag Annahme sowie folgender von Langensalza gestellter Antrag:

Die Generalkommission möge beschließen, einen Antrag an die Reichsregierung zu richten, auf gesetzlichem Wege die Betriebsräte einzuführen mit dem Recht, im Produktionsprozess mitbestimmend wirken zu können.

Nunmehr berichtet Wagener über die Internationale. Dieser schildert in kurzen Ausführungen, wie durch den Krieg die internationalen Verbindungen unterbrochen wurden und welche Schwierigkeiten bestanden, die Fäden wieder anzuknüpfen.

Ueber einige Änderungen im Statut berichtet Reichelt. Es handelt sich um kleinere Änderungen betreffs der Leistungen des Verbandes (Einführung der Notfallunterstützung), Beitritt, Austritt und Ausschluss und Beitragsentbindung.

Die Verhandlungen werden hierauf verlagert. Fünfter Verhandlungstag. Vormittagsitzung. Die Statutenberatung wird fortgesetzt.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Kollege Jädel spricht zunächst über den § 1: Zweck des Verbandes, der das Programm des Verbandes darstellt.

Dann referiert Seyfert (Mittweida) über den Abschnitt Organisation und Verwaltung. Neu ist die vorgeschlagene Schaffung eines Beirates. Derselbe soll bestehen aus 43 Mitgliedern, und zwar aus 7 besoldeten Vorstandsmitgliedern, 6 Gauleitern, 6 Geschäftsführern, 1 Redakteur, 1 Vertreter des Ausschusses, 4 unbesoldeten Vorstandsmitgliedern und 18 unbesoldeten Mitgliedern aus den Gauen.

Der Zentralvorstand wird zukünftig, nachdem der Verbandstag zugestimmt hat, aus 15 Personen bestehen: 2 Vorsitzenden mit gleichen Rechten, 1 Kassierer, 4 Sekretären und 8 Beisitzern.

Weiter sollen auf Beschluss in jeder Filiale möglichst weibliche Agitationskomitees gebildet werden, die die Agitation unter den Kollegen zu betreiben haben.

Eine ausgedehnte Auseinandersetzung entspinnt sich über den Prozentfuß, der von den Filialen von den Beiträgen zurückbehalten werden darf. Während die Vorlage 10 Proz. vorsieht, beantragt Wolfram (Zschopau) 15 Proz.

Die Gauleitung findet nach der Vorlage Genehmigung. Nur die Zahl des Gauborstandes wird von 5 auf 7 Personen erhöht. Der Gauleiter hat sich alle zwei Jahre neu zur Wahl zu stellen.

Jädel erläutert die Zusammenlegung von Gauen, die schon seit längerer Zeit von den Instanzen ventiliert worden sind. Danach werden die drei sächsischen Gauen zu einem Gau verschmolzen, die oberfränkischen Filialen, die bisher zum Gau Vogtland gehörten, kommen zu Bayern, während die sächsischen Filialen, die zu Thüringen gehören, dem Gau Sachsen überwiesen werden.

Gegen die letztere Auffassung wendet sich Fuhs (Krefeld), da die Friedensbedingungen durch die Entente diese Zusammenfassung nicht zulassen.

Auch Steinbrink spricht sich unter den jetzigen Verhältnissen gleichfalls gegen die Zusammenlegung im Rheinland aus.

Wretschneider (Gera) will die ganze Frage dem Beirat zur Erledigung überwiesen wissen. Er wünscht, daß der Gau Gera mit an Sachsen angegliedert wird.

Winkler (Dresden): Wir müssen auch aus politischen Gründen Sachsen zu einem Gau vereinigen. Ebenso wird die Textilfürsorge und das Betriebsrätesystem einheitlich in Sachsen zum Aufbau kommen.

Schmidt (Gera): Die Trennung des Gaus Gera wäre ein großer Fehler, da hier ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in Frage kommt.

Jädel schlägt vor, den Anschluß Geras an Sachsen noch im Beirat mit dem Zentralvorstand zu entscheiden. Mit dieser Ergänzung wird die Zusammenlegung beschlossen.

Schrader referiert über Beitrags- und Unterstützungsfragen. Wenn in Zukunft Kämpfe ausbrechen, dann werden diese größer werden als bisher. Deshalb brauchen wir größere Mittel. Aus diesem Grunde ist es nötig, unsere Beschlüsse so zuzuschneiden, was kommen wird.

Schrader erläutert die weiteren vorgeschlagenen Änderungen im Unterstützungsweisen. Eingehend befaßt er sich mit der Streikunterstützung. Dabei kann er eine Erhöhung dieser Unterstützung um 300 Proz. nicht befürworten.

Nachmittagsitzung. Die Statutenberatung wird in der Nachmittagsitzung unterbrochen, da Professor Ballod über die Sozialisierung spricht.

Die Statutenberatung wird in der Nachmittagsitzung unterbrochen, da Professor Ballod über die Sozialisierung spricht. Vor dem Geheimrat und der Bureaokratie hat die Regierung restlos kapituliert. Der Geheimrat verband sich während des Krieges mit den Unternehmern, um größere Profite herauszuwirtschaften.

waren zu wenigstens die Keime zu einer sozialistischen Wirtschaft vorhanden. Man sagt uns auch, daß wir nicht sozialisieren dürfen, weil wir abhängig seien von der Entente. Weiter bespricht der Referent die Erbsen- und Steuerpolitik. 60 000 Steuerbeamte sollen nötig sein, um das Vermögen zu erfassen.

Ohne Diskussion wird diese Resolution angenommen: Die 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes fordert von den Regierungen die Durchführung und Vorbereitung der Sozialisierung der gesamten Volkswirtschaft.

Die 13. Generalversammlung muß aus diesen Gründen alle Maßnahmen, die zur Sozialisierung der Volkswirtschaft unternommen werden, mit Mißtrauen betrachten.

Nach der Erledigung der Sozialisierung wurde die Diskussion über die Änderungen im Statut fortgesetzt. Eine große Anzahl Redner äußerten ihre Meinung.

Es werden die Beiträge festgesetzt.

Letzter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Aufhebung des gestern gefaßten Beschlusses zur Beitragsfrage. Es wird nun mit 157 gegen 53 Stimmen die Vorlage der Statutenberatungskommission angenommen, die 5 Beitragsklassen vorsieht.

Table with 2 columns: Beitragsspanne (von 60-79, 80-99, 100-119, 120) and Beitragssumme (40 Pf., 60 Pf., 80 Pf., 100 Pf., 120 Pf.).

Dementsprechend sind auch die Unterstützungen in fünf Klassen eingeteilt. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Es folgt nun die Wahl des Zentralvorstandes und der Redakteure. Hier plähen die Geister noch einmal heftig aufeinander. Dabei kommt zum Ausdruck, daß die Organisation und die Zeitung geleitet werden muß im Sinne der Entscheidungen der Generalversammlung.

Das Wahlergebnis ist folgendes: Abgegeben sind 258 Stimmen. Davon haben Stimmen erhalten und sind gewählt als Vorsitzende: Hübisch mit 223, Jädel mit 250, als Kassierer Behms und Priilwitz mit je 243, als Sekretäre Rödel mit 228, Feinhals mit 239, Schulze mit 226 und Reichelt mit 203, als Redakteure Dressel mit 227 und Wagener mit 209.

Als Delegierte sollen in der Regel nur Mitglieder gewählt werden, die mindestens zwei Jahre gewerkschaftlich organisiert, in der zuständigen Beitragsklasse zahlen und sich an den Verbandsarbeiten betätigen.

Aus der Beratung über die Zeitung sei der folgende, ohne Zweifel wichtige grundsätzliche Antrag erwähnt, der Zustimmung gefunden hat:

Das Verbandsorgan hat im weitgehendsten Maße die Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe innerhalb der Textilindustrie zu propagieren, fortlaufend belehrend und den Kollegen leicht verständliche Artikel über Sozialisierungsmöglichkeiten in der Textilindustrie in wirklich sozialistischem Sinne zu bringen.

Erwähnenswert wäre ferner der gefasste Beschluß zum Wahlreglement, der u. a. lautet:

Die Wahlen zu Gewerkschafts- und internationalen Textilarbeiterkongressen finden durch Urwahl statt und wird zu diesem Zweck das Verbandsgebiet in vier Wahlkreise eingeteilt.

Die Anzahl der Delegierten bestimmt der Vorstand und Beirat.

Neben den durch Urwahl gewählten Delegierten soll der Verband auf diesen Kongressen durch einen der Vorsitzenden und ein weiteres Vorstandsmitglied, sowie ein Mitglied der Redaktion vertreten sein.

Die nicht aus der Urwahl hervorgegangenen Delegierten haben kein Stimmrecht.

Das gesamte Statut wird danach einstimmig angenommen.

Nunmehr referiert Sun g über die Regulierung der Gehälter für die Verbandsangestellten. Er hebt besonders hervor, daß die Löhne überall gestiegen sind, so daß sie vielfach die Gehälter unserer Beamten übersteigen. Aus diesem Grunde sind andere Verbände uns schon vorausgeeilt. Auch die achtstündige Arbeitszeit kommt vielfach nicht in Frage, denn die Tätigkeit geht sehr oft über die 8 Stunden hinaus. Nach längerer Debatte, in der allenthalben anerkannt wird, daß eine Neuordnung notwendig ist, werden folgende Gehälter festgelegt: Für die Zentralvorstandsmitglieder und Redakteure als Anfangsgehalt 7200 bis 8640 Mk., Gauleiter, Hilfsgauleiter und Geschäftsführer 6600 bis 8040 Mk., Hilfsarbeiter, die auch im Außendienst beschäftigt sind, 6260 bis 7800 Mk. und Hilfsarbeiter 5760 bis 7200 Mk. Die zweite Summe ist immer das Höchstgehalt, das erreicht wird bei einer jährlichen Steigerung von 240 Mk.

Weibliches Hilfspersonal wird nach den tariflichen Vereinbarungen des Verbandes der Bureauangestellten bezahlt. Neben dem Gehalt werden gleiche Ortszulagen gewährt, und zwar 240 Mk. jährlich.

Die Sätze der Gehaltskala gelten ab 1. Juli 1919.

Alle Angestellten erhalten eine Entschädigungssumme in der Höhe eines Monatsgehalts ausbezahlt.

S e r m a n n (Wachholz) begründet diese Resolution:

Der Zentralvorstand wird beauftragt, bei der Regierung dahingehend zu wirken, daß für die Heimindustrie sofort Lohnämter geschaffen werden, mit Machtbefugnissen ausgestattet, Mindestlöhne festzusetzen und durchzuführen.

Die Heimarbeiter haben erbärmliche Löhne, so daß sie die Arbeiter anderer Schichten in deren Lebenslage schwer gefährden. Es muß dafür gesorgt werden, daß Mindestlöhne festgesetzt werden. Mit Sachausschüssen ist den Arbeitern nicht gedient.

B a u l (Konsdorf) beantragt, von der Regierung zu fordern, daß diese die achtstündige Arbeitszeit für die Heimarbeiter verfügt. Beiden Anträgen wird zugestimmt.

S ü b s c h gibt bekannt, daß der Uebertritt der Arbeiter in den chemischen Wäschereien und Färbereien zu unserem Verband erfolgt ist. Die weitere Regelung geschieht durch den Vorstand.

Bezüglich der Erhöhung der Reichserwerbslosenfürsorge wird dieser Antrag aus Sagan angenommen:

Der Verbandsvorstand wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Sätze der Reichserwerbslosenfürsorge erhöht und den jetzigen Lohnverhältnissen angepaßt werden; ferner dafür zu sorgen, daß die Ausfallstunden, wie es bei der Erwerbslosenunterstützung für Textilarbeiter gewesen ist, entschädigt werden.

Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß der Druck des Verbandsorgans dem „Vorwärts“ entzogen wird, überweist man dem Vorstand und dem Beirat zur Erledigung.

Dann stimmt man dieser Erklärung zu:

Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt, daß der Kollege Krätzig vom Deutschen Textilarbeiterverband als ihr Vertreter in die Reichsstelle für Textilwirtschaft nicht in Vorschlag gebracht worden ist. Da sich der Kollege Krätzig in der Auffassung und Vertretung in wichtigen Arbeiterfragen nicht in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Textilarbeiter befindet, kann der Verbandstag den Kollegen Krätzig als Vertreter des Textilarbeiterverbandes in der Reichsstelle für Textilwirtschaft nicht anerkennen.

Hierauf wird die Wahl des Beirats erledigt. Beschlüssen wird ferner die Abhaltung einer Reichsfärberkonferenz und einer Strickerkonferenz.

R i e s l i c h (Lörrach) empfiehlt die Sitzverlegung des Vorstandes von Berlin nach Leipzig. Der Vorstand soll die nötigen Vorarbeiten leisten.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in Gera. Die nächste Generalversammlung findet in Breslau statt.

W a g e n e r spricht im Namen der ausländischen Gäste, die vom Verbandstage den besten Eindruck mit nach Hause nehmen werden. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

J ä c k e l nimmt das Schlußwort. In anfeuernden Worten wirft er nochmals einen Rückblick auf die Verhandlungen. Offen und unzweideutig haben wir ausgesprochen, was wir wollen. Eine einheitliche Kampffront gegen den allgemeinen Feind ist geschaffen. Das Ziel der Textilarbeiter wollen wir verwirklichen und dazu sollen die Beschlüsse mit beitragen. Unsere Organisation ist mit ein Instrument gegen die Unterdrückung und Ausbeutung und für die Erringung einer Gesellschaft des Wohlergehens, des Glückes und der Liebe. Jäckel schließt: Es lebe die allgemeine Arbeiterbewegung, es lebe der Deutsche Textilarbeiterverband, es lebe der revolutionäre Sozialismus. Die Delegierten stimmen begeistert ein.

Die nächste Generalversammlung wird in Breslau stattfinden.

Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung.

Von W. Sager

III.

Abgesehen von seinen sonstigen Eigenschaften und Aufgaben, die unberührt bleiben können, tritt im Güteraustausch der Neuzeit das Geld als Vermittler zwischen Verkäufer und Käufer der Waren. Seine Einführung bedeutet schon im Handelsverkehr von räumlich beschränktem Umfange eine große Erleichterung zur Abwicklung der Geschäfte, um wieviel mehr aber erst im internationalen Güteraustausch der Gegen-

wart? Man kann wohl behaupten, ohne dafür Belege anbieten zu müssen, daß ein nennenswerter Handel nur mit seiner Hilfe möglich ist. Gar nicht zu sprechen von den riesigen, intensiv durcheinanderflutenden internationalen Beziehungen der Vorkriegszeit. So ist es allmählich feststehender Brauch und Sitte geworden, in einer Summe Geld eine Summe in Gütern kristallisierten Arbeitswerte auszudrücken und zu bezahlen. Der Besitzer des Schranzes wird also bei dessen Veräußerung nicht 10 Stühle oder 3 Tische oder 20 Meter Tuch, sondern, im Bilde des gewählten Beispiels geblieben, 100 Mk. Bargeld als Gegenwert empfangen. Die zu weiterer Erzeugung von Schränken benötigten Rohmaterialien, wie Bretter, Farbe usw., begleicht er nicht mit Produkten (Schränken), sondern mit Geld, nach unserem Beispiel (Position a—c) für einen Schrank mit der angenommenen Summe von 40 Mk., womit sich die Formel, in diesem Rahmen, einsteilen schließt.

Auf der nunmehr gewonnenen Basis über den Begriff vom Gebrauchs- bzw. Tauschwert der Produkte, der im Aufsatze I der Wertbegriff vom natürlich gerechten Arbeitslohn voranging, führt das Thema zurück zum Arbeitslohn selbst.

Jede Produktion an sich dient dem Verbrauch. Fehlt für eine Ware das Bedürfnis, so wird ihre Erzeugung eingestellt. Wird es heute noch jemand einfallen, Schwefelhölzer zu fabrizieren? Nein, es fehlt der Markt, ein Gut besserer Qualität hat sie vom Markte verdrängt, der Absatz stockt, die Erzeugung ruht. Handwebstühle und Handspindeln werden kaum anders denn als Kuriositäten für Museen angefertigt. Warum? Sie sind von ihren gigantischen Konkurrenten aus dem Felde geschlagen; ungeeignet, den Anforderungen neuzeitlicher Arbeitsmethoden gerecht zu werden, würde ihre Herstellung Vergeudung an Arbeitskraft bedeuten, desgleichen auch ihre weitere Verwendung im Produktionsprozeß. Doch ganz gleich, welches die Gründe sind, die ihre Herstellung verhindern, die Tatsache, daß ein Bedarf für sie nicht vorhanden ist, bewirkt Stillstand ihrer Erzeugung. Womit begründet sich die stetig sinkende Ziffer im Segelschiffbau? Es ist die vergleichsweise geringe Leistungsfähigkeit im modernen Verkehrswesen gegenüber der kolossalen Entwicklung der Dampfschiffahrt. Die Anwendung der Segelschiffahrt ist auf ein Minimum eingeschränkt, kleiner werdender Markt, zunehmender Bedarf, reduzierte Produktion. Auch hier das selbe Bild, und so fort. Ueberall dieselbe Erscheinung, die sich beliebig vervielfältigen ließe.

Unterstellt man es als richtig, daß die Produktion dem Konsum dient, daß der Gebrauchs- bzw. Tauschwert der Güter bestimmt wird von der in ihnen vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit, daß die Arbeiter als Träger der gesellschaftlichen Arbeit und wichtigste Faktoren im Produktionsprozeß gleiche Kontrahenten sind gegenüber den Warenbesitzern und im allgemeinen Austausch der Waren und Werke für ihre rare Arbeitskraft den vollen Gegenwert erhalten, so entsteht mit der Frage nach dem unmittelbaren Zweck der Güterherstellung für die Besitzer der Betriebsmittel innerhalb der kapitalistischen Produktion ein unlösbares Rätsel.

In der Tat, auch der Naivste ist nicht naiv genug, um anzunehmen, der Schrank würde produziert, um Rohstoffe für 20 Mk., Maschinenkraft usw. für 10 Mk., allgemeine Hilfsmittel usw. für 10 Mk. und Arbeitskraft für 60 Mk. (einschließlich 10 Mk. für besonders ausgerechnete Abschreibungen und Rückstellungen) zu einem neuen Produkt zu vereinigen, um das selbe Produkt für den als Tauschwert ermittelten Betrag von 100 Mk. zu veräußern. Das bedeutete für 100 Mk. Werte in ein Produkt und dieses nachher wieder in Geld verwandeln. Die Formel G—W—G wäre damit erfüllt, ebenso der universelle Zweck der Produktion, da das Produkt (Schrank) zweifellos ein Bedürfnis befriedigt. Aber den unmittelbaren Zweck der Güterherstellung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft umhüllt nach wie vor rätselhaftes Dunkel. Ein Sprichwort, dessen Richtigkeit durch die Erfahrung erhärtet ist, sagt: Von Arbeit ist noch niemand reich geworden. Dagegen konstatieren wir auf Seiten der sogenannten Produzenten (Unternehmer) die Tatsache einer ununterbrochenen Besitzakkumulation (R e i c h t u m s - a n h ä u f u n g).

Es muß also demnach doch (die Unternehmer behaupten zwar andauernd das Gegenteil, die Nichtunternehmer setzen in diese Behauptungen jedoch hartnäckige Zweifel), sagen wir einmal, „verdient werden“. Die bürgerlichen Ökonomen sind mit ihren Lehren vom „über Wert verkaufen“ von R. Marx bereits widerlegt worden. Die Produkte können und werden nur zum Werte der in ihnen vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit gegeneinander ausgetauscht. Sogenannter Ueber- bzw. Aufschlagswert existiert nicht, wie sollte er entstehen oder bestehen, wie und wonach sollte der Austausch reguliert werden? Auf der Suche nach den Gründen, welche die kapitalistische Produktion anspornen, dürften wir Klarheit gewinnen, wenn wir dem Quell des bürgerlichen Reichtums nachspüren. Bei dem Versuch, jenen Teil des Produktionsprozesses, welchem das Wachsen des Segens und der Quell des Reichtums für den glücklichen Besitzer der Betriebsmittel entspringt, als Wertquelle darzustellen, nehmen die bürgerlichen Theoretiker der Nationalökonomie ihre Zuflucht zu dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Es ist der untauglichen Mittel untauglichstes.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handele sich bei der Verbindlichkeitsklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufskreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am

Vertragschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichst Beschleunigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnellen Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlung bereit sind.

2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.

3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.

4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen oder Ergänzungen beigelegt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.

5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. gutachtliche Äußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnlichen Nachweise in Frage.

Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz und der Deutsche Textilarbeiterverband haben beantragt, die nachstehend angeführten Tarifverträge für die dabei angegebenen Gebiete gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 „Reichs-Gesetzbl.“ (S. 1456) für allgemein verbindlich zu erklären: 1. den Tarifvertrag vom 6. Juni 1919, abgeschlossen zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Verband der Gut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die sächsischen Fabriken, in denen Wollfilz, Wolhaarfilz, Haarfilze in Rollen, Tafeln und Scheiben, Futterstühle und Wollstühle hergestellt werden, für das Gebiet des Freistaates Sachsen; 2. den Tarifvertrag vom 16. Juni 1919, abgeschlossen zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie und dem Deutschen Textilarbeiterverband zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Textildruckereien für das Gebiet des Freistaates Sachsen.

Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 15. August 1919 erhoben werden und sind unter Nr. I B R 951 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstr. 33, zu richten.

Berlin, den 26. Juli 1919.

Der Reichsarbeitsminister.
Schlicke.

Agitation.

Viele Monate sind nun schon ins Land gegangen seit dem Tage, der dem deutschen Volke die lang- und heißersehnte Freiheit gebracht hat. Eine schwierige, aber wichtige Etappe ist zurückgelegt auf dem Wege, den alle Völker, ob früher oder später, gehen müssen, um zu dem Endziel, der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals, der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, zu gelangen.

Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, wie diese Zeitspanne im Sinne obigen Satzes ausgenützt wurde. Alle Fesseln, die bisher die Geister des Proletariats im Banne hielten, sind gefallen; frei und ungehemmt kann sich alles entfalten, was bis jetzt im Volke schlummerte. Wer nicht geschlafen, sondern mit offenen Augen den Lauf der Dinge beobachtet hat, wird zu dem Schluß gelangen, daß manches nicht in Erfüllung ging, was von uns erhofft wurde.

Wie ist es nun z. B. in unserer Gewerkschaft? Welche Evolutionen sind da zu verzeichnen? Legt man den Maßstab der Vergrößerung an, so kann man sagen, gute. Aber man soll ja nicht zu scharf die geistige Beschaffenheit unter die Lupe nehmen, sonst lautet die Senjur: Ungenügend. Der gewaltige Zuwachs an Mitgliedern ist beileibe nicht dem Umstande anzurechnen, daß sie aus Ueberzeugung handelten, sondern dem liegen die verschiedensten Motive zugrunde. Es seien hier einige angeführt.

Ein großer Teil befand sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit. Durch Eintritt in die Gewerkschaft wären sie Maßregelungen und somit schweren Störungen in ihrer Existenz unterworfen gewesen. Der 9. November hat dies Hindernis beseitigt. Die wären also gewissermaßen zu entschuldigen, denn der höchste Idealismus hält schließlich der Not auch nicht stand.

Dann kommt jene Kategorie, die bis jetzt stets mit an der Krippe stand, mit ihrer Moral es aber in Einklang brachte, dort zu ernten, wo sie nicht gesät hatte. Denen kann man geistige Indolenz, gemischt mit einer Dosis Geiz, zusprechen. Ihr Beitritt erfolgte gewissermaßen nur unter moralischem Zwang.

In letzter Linie wären noch diejenigen, welche persönlicher Differenzen halber dem Verbands den Rücken kehrten, sei es durch begangene „Fehler“ der Führer, oder daß sie sonst an den Einrichtungen des Verbandes ein Haar finden. Gegen letzteres kann gründliches Studium der Statuten als Universalmittel empfohlen werden.

Und nun komme ich auf den Kern der Sache, die Agitation. Die Agitatoren sollen eigentlich die Lehrer der

neueingetretenen Gewerkschaftler sein. Es sollten sich daher nur solche Kollegen und Kolleginnen agitatorisch betätigen, die allen diesbezüglichen Anforderungen entsprechen. Vollständige Kenntnis der Verbandseinrichtungen, Ziel und Zweck der Gewerkschaften ist Grundbedingung. Der Agitator soll auch auf politischem Gebiet fähig sein und außerdem ein wenig Menschenkenntnis haben. Er muß seine Ausführungen in eine passende Form kleiden, da er es häufig mit geistig durchgebildeten Menschen zu tun bekommt. Es sind also der Anforderungen viele, wie man sieht, wenn man aber nicht bloß eine mitlaufende, sondern eine geschulte, zielbewusste Arbeiterkraft haben will, so kann von diesen Bedingungen nichts abgesehen werden. Wer sich diesen Anforderungen nicht gewachsen fühlt, soll lieber die Finger davon lassen, denn mit der stereotypen Formel: „Du mußt dem Verbands beitreten!“ müht man der Sache nicht, man soll auch imstande sein, dieses „Muß“ zu begründen.

Ein besonders gefährliches Gebiet ist die Wiedergewinnung von gewesenen Mitgliedern. Ein unfähiger Agitator kann da großen Schaden anrichten, seine ganze Mühe und Tätigkeit kann zur Sisyphusarbeit werden. Es gilt, solchen Arbeitern die ganzen Gründe ihres Austritts zu widerlegen. Da heißt es für den Agitator, sich mit allen verfügbaren Kenntnissen zu wappnen, damit er schließlich nicht selber aufs Glatteis geführt wird.

Dem Agitationsystem sollte von Seiten der Verwaltung ein erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Die Agitationseinrichtungen sind mit einem Adressenverzeichnis, dessen Tätigkeit das Herz, an dieser Stelle die Verbandszentrale, in reger Bewegung erhalten. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Kollegen, die wichtige Funktionen bekleiden, durch Neuforderungen, die vielleicht in ganz harmlosem Sinne gemeint sind, unbewußt Unheil anrichten. Denn es ist ja Tatsache, daß gerade an den Führern der Arbeiterschaft alles Unmögliche gesehen wird, sie daher doppelt auf der Hut sein müssen, ihren Schild rein zu erhalten.

Aus dem eben Angeführten ist ersichtlich, daß die Arbeit eines Agitators keine dankbare ist, denn daß die Tugend der Dankbarkeit bei den Menschen am wenigsten entwickelt ist, werden die meisten Leser wohl zugeben. Das Bewußtsein, dem stolzen Bau der Freiheit durch Gewinnung eines neuen Mitgliedes wieder einen Stein eingefügt zu haben, muß dem Agitator über alle Widerwärtigkeiten hinweghelfen.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, frisch ans Werk! Es darf sich in Zukunft niemand außerhalb unserer Reihen befinden. Eine geschlossene Bilanz muß unseren bisherigen Unterdrückern gegenüberstehen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, der politischen Freiheit auch die wirtschaftliche anzufügen.

Das wäre der schönste Lohn für die mühevolle Agitationsarbeit.

Konrad Maske.

Aufruf!

An die Kollegen und Kolleginnen der Teppich- und Läuferstoffbranche Deutschlands.

Seit Anfang dieses Jahres bemühen sich die Teppichweber Thüringens, Bezirk Gera-Münchbergndorf, den jetzigen Lebensverhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Bei allen Verhandlungen mit dem Unternehmertum spielt die verschiedenartige Entlohnung in den einzelnen Gegenden Deutschlands eine große Rolle und erschwert die Verhandlungen.

Eine Sitzung von Vertretern der Arbeiterausschüsse aus den Teppichbetrieben Gera-Münchbergndorfs am 26. Juli befahte sich erneut mit der Frage eines Reichsttarifs, dessen Fertigstellung durch den Ausbruch des Krieges vereitelt wurde.

Der Unterzeichnete wurde beauftragt, die Frage eines Reichsttarifs der Teppichbranche Deutschlands auf einer im September d. J. stattfindenden Konferenz der Arbeiterausschüsse des obengenannten Bezirks in Form eines Referats zu behandeln.

Folgende Fragen sollen möglichst beantwortet werden: Welcher Art ist das Gewebe? Welche Breite, Dichte hat es? Welches Material wird verwendet: Garn, Fasergarn oder andere Garne? Bestehen Mindeststundenlöhne, Garantielöhne und in welcher Staffelung? Wieviel Beschäftigte kommen in den einzelnen Betrieben in Frage? Wieviel zurzeit der Geschäftsgang? Wie stellen sich die Kollegen zur Frage eines Reichsttarifs?

Ich bitte um Beantwortung vorstehender Fragen und darum, das Material bis 30. August an die nachstehende Adresse gelangen zu lassen.

Mit kollegialem Gruß

Karl Windhorn, Teppichweber, Münchbergndorf (Thür.).

Aus der Textilindustrie.

Der Zeugdruckerstreik in Arefeld ist beigelegt. Am Mittwoch voriger Woche ist die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Bekanntlich war die Arbeit eingestellt worden, weil einige Drucker der Freien Vereinigung angehörten und glaubten, diese politische Organisation sei gleichzeitig für sie auch maßgebend als gewerkschaftliche Organisation. Sie haben sich überzeugen lassen, daß ihre politische Organisation zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht anerkannt werden kann, daß dafür nur der Deutsche Textilarbeiterverband maßgebend ist. Sie sind ihm reiflich beigetreten. Für die Zeugdrucker besteht jetzt eine einheitliche Organisation. Bleiben ihr alle Zeugdrucker treu, so wird sie deren Interessen jederzeit wirksam vertreten können. — Wegen der erledigten Differenzen sollen keinerlei Stachel zwischen den Zeugdruckern zurückbleiben. Es ist deshalb nötig, daß da nun alle in einer wirtschaftlichen Organisation verbunden sind, die Kollegialität erst recht gefördert wird und wegen der politischen Überzeugungen die größte Toleranz geübt wird. Zeugdrucker, bleibt einig!

Räumungsauctionen in Frankreich und Belgien. Wie aus Roubaix gemeldet wird, besteht die Absicht, in absehbarer Zeit dort wiederum Versteigerungen von Räumlingen und Wollabfällen stattfinden zu lassen. Auch in Cour-

coing wird dasselbe beabsichtigt. Allerdings ist es sehr fraglich, ob die französischen Wollfämmereien schon in der Lage sein werden, jetzt größere Mengen von Räumlingen und Wollabfällen zum Verkauf zu stellen. Ebenso wie in Roubaix und Courcoing will man auch in Antwerpen und Brüssel neben Wollversteigerungen Auktionen von Räumlingen und Wollabfällen veranstalten.

Erhebliche Verbesserungen der Seidenindustrie. Die Besserung der Seidenindustrie in Frankreich und in Italien spiegelt sich am besten dadurch wieder, daß in den Monaten Januar bis Mai in Mailand mehr als 2 1/4 Millionen Kilogramm, in Lyon beinahe 2 1/2 Millionen Kilogramm, in Turin über 1 1/4 Millionen Kilogramm und in St. Etienne rund 400 000 Kilogramm in den Seidentrocknungsanstalten konditioniert wurden. Die Steigerung gegenüber den Zahlen des Vorjahres ist außerordentlich erheblich.

Berichte aus Fachkreisen.

Offenburg a. Main. Traurige Zustände herrschen hier in der Leinwanderei W. Klaus. Herr Klaus hält es immer noch nicht für nötig, in sachlicher Weise mit seinen Arbeitern über Lohnfragen zu verhandeln. Die Arbeiterschaft des Betriebes, welche nach großer Mühe nun endlich einen Durchschnittslohn von 7,20 M. täglich errungen hat, stellte die gerechte Forderung auf Zahlung einer Teuerungszulage, wie sie der andere Betrieb am Pläke, „Spinn- und Weberei“, auch zugesagt hat. Bemerkenswert ist, daß in einzelnen Abteilungen immer noch Löhne von 4,80 M. pro Tag gezahlt werden. Mit dem Obmann des Arbeiterausschusses, der den Antrag der Arbeiterschaft begründete, ist nun Herr Klaus verfahren, wie es sich einem Familienvater gegenüber, der für 6 Köpfe zu sorgen, jahrelang im Felde gestanden und eine gute Führung nachzuweisen hat, nicht ziemt. Nichts als persönlicher Ehrgeiz sei es, der den Obmann dieses, ihm von der Arbeiterschaft übertragenen Postens zu seinem Aufreten veranlaßte, sagte Herr W. Klaus. Dagegen einige Tatsachen! Der Obmann hat, kaum aus dem Felde zurück, sofort um Arbeit in seinem alten Betriebe, wo er über 15 Jahre tätig war, nachgesucht und wurde eingestellt. Nun ließ man aber den Mann in seinem Lohn so stehen, daß er zum Schluß noch seine Familie, bestehend aus sechs Köpfen, mit 40 M. in vierzehn Tagen durchzubringen hatte. Noch viel miserablere Löhne waren üblich. Dem Arbeiter also, der sich mit Frau und Kindern vor dem Verhungern schützen wollte, wird persönlicher Ehrgeiz vorgeworfen. Die Arbeiterschaft des Betriebes ist reiflich im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert. Danach wird sich auch Herr W. Klaus noch richten müssen, sonst könnten ihm noch recht unliebbare Dinge vorkommen.

Saitorf. Kollegen, Kolleginnen. Wir haben hier mit unserer Lohnbewegung, die wir mit Hilfe des Verbandes führen konnten, gut abgeschlossen. Galtet deshalb treu und fest zu dem Verband, dann werden wir noch mehr Erfolge erzielen. Und vor allem: Galtet die Einigkeit unter Euch hoch! Der Verband muß von Euch demnächst höhere Beiträge erheben, um seine Zwecke besser erfüllen zu können. Ihr werdet ihm dennoch treu bleiben in der Voraussetzung, daß er Euch auch in Zukunft Helfer in allen wirtschaftlichen Nöten sein wird. Auch die Unterstützungen werden ja wieder erhöht. In Eruue dem Verbands ergeben, müßt Ihr auch die Versammlungen hellhörig besuchen. Niemand vergeßt auch auf sein Parteiblatt zu abonnieren.

Reichenbach i. B. Zu den schlechtest entlohnten Arbeitern der ganzen Textilindustrie gehören unzweifelhaft die hiesigen Streichgarnspinnereiarbeiter und -arbeiterinnen. Der am 12. März d. J. auch für diese Branche abgeschlossene Tarif brachte wohl eine, nicht zu unterschätzende prozentuale Aufbesserung, aber die Löhne der Streichgarnspinnereiarbeiter waren bis zu dem Zeitpunkt so niedrig, daß es nicht möglich war, sie mit den Löhnen der übrigen Branchen, Weberei und Färberei, einigermaßen in Einklang zu bringen. Es stellte sich denn auch immer mehr heraus, daß es den Arbeitern unmöglich war, mit den dort vereinbarten Löhnen den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Auf Drängen der Arbeiterschaft fand deshalb auch am 12. Juni eine Revision des Tarifs statt, die eine 25-proz. Lohnerhöhung brachte. Die Arbeiterschaft war schon damals mit dieser Regelung nicht zufrieden, sie hatte gehofft, daß ihre Löhne denen in den Webereien und Färbereien festgesetzten möglichst nahe gebracht würden. Die Arbeiter konnten nicht einsehen — und das mit Recht — daß es ihnen möglich sein sollte, mit 50 bis 100 Prozent weniger Verdienst als die übrigen Textilarbeiter, die selbst noch nicht entfernt den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend entlohnt werden, auszukommen. Eine Versammlung der Spinnereiarbeiter stimmte jedoch der Vereinbarung zu, unter der Voraussetzung, daß bei der neuerlichen tariflichen Regelung der Löhne in den Webereien und Färbereien bis zum 15. Juli auch ihre Lohnverhältnisse durch die Arbeitsgemeinschaft erneut eine Regelung erfahren würden. Leider sahen sie sich darin getäuscht, es wurden nur die Löhne der beiden letzten Gruppen einheitlich geregelt und brachten folgende Lohnsätze:

Facharbeiter (männlich) im Alter von 14—18 Jahren 0,95, (weiblich) 0,85 M.; im Alter von 16—18 Jahren (männlich) 1,10, (weiblich) 1 M.; im Alter von 18—20 Jahren (männlich) 1,40 M., (weiblich) 1,15 M.; über 20 Jahre alt (männlich) 1,55 M., (weiblich) 1,35 M. (für die geleistete Arbeitsstunde). Hilfsarbeiter (männlich) im Alter von 14—18 Jahren 0,85 M., (weiblich) 0,75 M.; im Alter von 16—18 Jahren (männlich) 1,05 M., (weiblich) 0,90 M.; im Alter von 18—20 Jahren (männlich) 1,30 M., (weiblich) 1,05 M.; über 20 Jahre alt (männlich) 1,45 M., (weiblich) 1,20 M. (für die geleistete Arbeitsstunde).

Die Erbitterung der Streichgarnspinnereiarbeiter steigerte sich hierdurch, nicht zuletzt aber auch durch die wirtschaftliche Not infolge der geringen Entlohnung. Das Vorstelligwerden der Arbeiterausschüsse in den verschiedensten Betrieben führte zu keinem Resultat und so kam es am 19. Juli in 5 Betrieben zur Arbeitseinstellung, die sich am Montag, den 21. Juli, auch auf die übrigen Betriebe, mit Ausnahme eines einzigen Betriebes, erstreckte. Die Arbeiterschaft wollte dadurch erreichen, daß die Unternehmer sich trotz des noch laufenden Tarifs und einer 25-proz. Aufbesserung am 12. Juni zu weiteren Verhandlungen zwecks einer weiteren Aufbesserung der Löhne bereit erklären sollten. In den von uns, dem Deutschen Textilarbeiterverband, sofort eingeleiteten Verhandlungen erklärten die Unternehmer zunächst, daß an eine etwaige Verhandlung nicht zu denken sei, bis der von der Arbeiterschaft begangene Tarifbruch wieder beseitigt sei, das heißt, die Arbeit wieder aufgenommen werde. Sie stellten die ganze Arbeitseinstellung so hin, als sei sie nur das Werk einiger Weniger, 90 Proz. der Arbeiter seien mit den jetzigen Verhältnissen einverstanden. Eine am Montag abend abgehaltene Versammlung der Streikenden bewies den Herren aber das Gegenteil, denn in geheimer Abstimmung erklärten sie nur 734 gegen 2 Stimmen, daß sie aus eigenem Antrieb, nur der wirtschaftlichen Not gehorchend, die Arbeit eingestellt hatten. Es zeigte sich, daß die Unternehmer wieder einmal sehr schlecht über die Stimmung ihrer Arbeiter unterrichtet waren. Eine hierauf am Dienstag mit dem Vorsitzenden der Streichgarnspinnereiarbeiter geführte Verhandlung brachte die Bereitwilligkeit der Unternehmer, spätestens am Freitag, den 25. Juli, über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln, wenn vorher die Arbeit wieder auf-

genommen werde. Damit erklärte sich eine weitere Versammlung der Streikenden einverstanden; sie hatten ihren Zweck erreicht; die Lohnangelegenheiten konnten nun nichtwöchentlich hinausgezögert werden. Am Donnerstag früh wurde die Arbeit wieder ebenso geschlossen aufgenommen, wie die Einstellung erfolgt war. Die am Freitag gepflogenen Verhandlungen zeigten bereits eine Lohnerhöhung von 10 Proz. seitens der Herren Arbeitgeber. Die Verhandlungskommission erklärte über dieses niedrige Angebot nicht erst verhandeln zu können. Nach einer getrennten Beratung kam eine Einigung dahin zustande, daß auf den Grundlohn vom 12. März für Arbeiterinnen ein 50-proz. Aufschlag und auf die Löhne der männlichen Arbeiter ein solcher von 35 Proz. erfolgte, rückwirkend vom 15. Juli ab. Damit erklärte sich eine weitere Versammlung einverstanden. — Es ist nur zu wünschen, daß ab 1. Oktober, wenn die übrigen Tarife ablaufen, eine einheitliche Regelung der Löhne aller Textilarbeiter durch die Arbeitsgemeinschaft erfolgt.

Briefkalten.

Ein Verbandsmitglied. Die Anträge richteten sich gegen die Freiwilligenverbände, die ministerielle Bekanntmachung ist zu ihrem Schutze erlassen. Mehr möchten wir hier über die Angelegenheit nicht sagen. Fragen Sie bei mehr belesebenen Kollegen an und Sie werden bald den Zusammenhang erkennen.

Wermshausen. Tarifverträge dürfen nur noch mit Zustimmung des Vorstandes abgedruckt werden.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 10. August, III der
32. Wochenbeitrag fällig.
Geschäftsführer-Gesuch.
Für die Filiale Delmenhorst unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht.

Kollegen, welche mit dem Verbandesleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftgeübten, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süß, Berlin D. 27, Androasstraße 61, II, bis zum 22. August dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und Vergleiche sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandzugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen pro Monat 550 M. Daneben wird eine Ortszulage von 20 M. pro Monat gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.

Der Vorstand.
Adressenänderungen.

Gau Hannover. Minden i. Westf. V. Fris Schödel, Wietersheim h. Minden, Nr. 38. K. Christian Rascher, Minden, Opferstr. 8.
Gau Cassel. Herolz bei Schlichtern, Bez. Cassel (Neu). K. Karl Schäfer, Nr. 45.
Gau Düsseldorf. Langenberg i. Rhld. V. und K. Walter Ramm, Weberstr. 9.
Trier. K. Johann Ruhn, Reichstr. 13.
Gau Brrach. Staufen. V. Fr. Maria Diez, Kirchstraße.
Gau Stuttgart. Bussenbach. V. W. Pfeifer, Bussenbach, Weberei Abtal. K. Wilhelm Becker, Sittlingen i. Va. Spinnerei.
Gau Augsburg. Bamberg. V. S. Zimmerer, Schimmelgasse 2. K. Wilhelm Birngruber, Quabent 3.
Günzburg a. Donau. (Neu.) V. Norbert Greisle, Ulmer Str. 704. K. Theodor Meier, Münzgasse 355.
Illertissen i. Schwaben. (Neu.) V. Josef Huber, Au h. Hellenberg i. Schw., Nr. 49. K. Paul Staudacher, Illertissen i. Schw.

Kolberrmoor. V. Josef Scheuer, Kolberrmoor, Friedhofstr. 4/0.
Moosburg. V. Herm. Kessel, Mühlbacher Str. 462. K. Jakob Schauer.
Gau Gera. Halle. V. Otto Günther, Seeden b. Halle, Guntenbergstr. 6.
Gau Plauen. Hof. V. und K. Heinrich Goller, Marienstr. 87, Gt. H.
Gau Chemnitz. Wittgensdorf. K. Paul Knorr, ab 15. August, Chemnitzer Str. 18, Bureau.
Gauverwaltungen.
Gau S. Gera. N. Die Hilfs-Gauleiterstelle für den Gau Gera-N. ist besetzt. Gewählt ist der Kollege Leonhard Müller aus Mülsen bei Gera. Allen Bewerbern besten Dank.
Mit kollegialem Gruß
J. A. Walter Adermann, Gauvorsitzender.
Totenliste.
Gestorbene Mitglieder.
Berga (Ester). Karl Löffler, Weber, 74 J., Altersschwäche.
Büscholz. Otto Schneider, Spinner, 27 J., Krämpfe. Moritz Richard Schwabe, Kosamentier, 44 J.
Chemnitz. Martha Engelmann, Spulerin, 25 J., Entbindungsfolgen.
Grimmitzhan. Franz Stöbel, 68 J.
(Der in Nr. 29 als gefallen gemeldete Kollege Max Feuf befindet sich in französischer Gefangenschaft.)
Gamburg. Ludwig Niemann, Arbeiter, 60 J., Grippe.
Landeshut. Anna Laube, Spinnerin, Liebau, 22 J., Gehirnhauteuzündung. Mathilde Gerzinger, Arbeiterin, 60 J., Krebsleiden.
Reusal (Ober). Gustav Höppler, Arbeiter, 49 J., Bluterkrankung.
Plauen i. S. Anna Minna Gerisch, Stepperin, 28 J., Lungentrankeheit.
Reichenbach i. S. Immanuel Ludwig, 61 J., Wasserfucht.
Reutlingen. Barbara Künstele, Fronsdorf, 28 J., Herzleiden.
Werra. Hermann Pfeilung, 60 J., Lungentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Apotha. Sonnabend, 16. August, im Gewerkschaftshaus.
Berlin. (Sticker, Tapferrerie, Uniformfäbereibranche.) Mittwoch, 6. August, 6 Uhr, Aula, Lange Str. 31. Versammlung.
Berlin. (Sticker) Freitag, 8. August, abends 6 Uhr, bei Gtise, Wallstr. 32. Vertrauensleute.
Berna. Sonnabend, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kubang, Kaiser- u. Chausseestraße Ecke. Schwäge. Montag, 13. August.
Leisnig. Mittwoch, 18. August.
Drtzig. Dienstag, 12. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Böhmes Restaurant.
Pöschel. Freitag, 15. August.
Schlotheim. Sonnabend, 16. August, in den „Drei Rasen“.
Wittkold a. Doffe. Sonnabend, 16. August.

Zu verkaufen:
„Textilarbeiter“ (gebunden) Jahrgang 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, zusammen 6 Bände à 5 M., im ganzen 30 M.
„Gleichheit“ (gebunden) Jahrgang 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, zusammen in 3 Bänden à 5 M., im ganzen 15 M.
Friedrich J. Mayer, Lörrach-Stetten (Baden), Griengasse 18.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 9. August

Verlag: Karl Süß. — Verantwortlicher Redakteur: Paul Bogener. — Druck: Bormarts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.